

Abonnementpreis:
Der sächsische — jedes Wochenstag über (mit dem Datum des folgenden Tages) zur Verwendung gelangende — Landes-Anzeiger mit Beiläutern kostet monatlich 90 Pf., bei den Ausgabenstellen in Chemnitz und den Vororten, sowie bei der Post. (Angestrichen unter Nr. 4633). Zu 4. Januar erscheint für Abonnenten Jahresbuch (Weihnachtsgabe) d. Anzeiger.

Verlag: Alexander Wiede,
Baudenkmal, Chemnitz.

Beblätter: „Tägliches Unterhaltungsblatt“ und humoristisch illustriertes Sonntagsblatt „Fustiges Bilderbuch“.

Abonnement-Einladung.

Sie die Monate Februar und März nehmen die Postanstalten, sowie in Chemnitz und Umgegend die Ausgabestellen, Abonnementserstellungen auf den „Sächsischen Landes-Anzeiger“ mit seinen Beiläutern zum Preis von 1 Mark 20 Pf. entgegen. Der Sächsische Landes-Anzeiger ist in der deutschen Post-Zeitung-Breitseite unter Nr. 4633, in der österreichischen unter Nr. 2108 eingetragen.

Im Beiblatt „Tägliches Unterhaltungsblatt“ beginnt Anfang Februar der fesselnde Roman „Durch eigene Schuld“ von dem rühmlich bekannten Romancierstilisten Friedrich Friedrich.

Jedem neubeteiligten Abonnenten liefern wir gegen Einsendung der Abonnement-Gebühr die im Januar vollständig erschienene Erzählung von Otto Gündt: „Spiritistische Schelmenstreiche“, sowie auch das „Illustrirte Jahresbuch des Sächsischen Landes-Anzeigers für 1886“ als Erzabgaben und schon übermäßig recht zahlreichen Beiträgen neuer Abonnenten für die Monate Februar und März entgegen.

Die Verlags-Expedition des Sächsischen Landes-Anzeiger erg.

Amtliche Bekanntmachungen sächsischer Behörden.

Von der in dem Verschreibungsblatt der Königlichen Kreishauptmannschaft zu Posen Nr. 1 enthaltenen Bekanntmachung sind für den Monat Dezember vorigen Jahres in dem Hauptstaatsschrein folgende Durchschriftenkreise für Bourgogne-Artikel erzielt und festgesetzt worden: für den Centaer: Daser 7 Mark 10 Pf., den 3 Mark 35 Pf., Strol 2 Mark 40 Pf., und wird dies in Gemäßheit pat. III der Verordnung des Königlichen Kriegsministeriums vom 22. Mai 1877 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 225 ff.) hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Chemnitz, am 26. Januar 1886. Königliche Kreishauptmannschaft.

Telegraphische Nachrichten.

Vom 28. Januar.

Berlin. Zum Erzbischof von Posen-Guben soll jetzt der Probst-Diener aus Königberg i. Pr. ernannt werden. Die viel bedeute Polen-Erzdiakonatsfrage wurde damit also endlich gelöst selb-

München. Abgeordnetenhaus. Auf die Interpellation Kopp, betreffs des Braunielumonopols, erklärte der Finanzminister: Der Entwurf sei vorläufig nicht einmal im Bundesratse geschafft und bewege sich auf einem Gebiete, bezüglich dessen ein deutsches Rechtswortrecht besteht. Die Regierung werde dem vom Standpunkt der Finanzausbeutung des Reiches, der Einzelstaaten und der Gemeinden, wie auch auf landwirtschaftlicher Seite sehr beachtenswerthe Monopolentwürfe die größte Ausnehmlichkeit zuwenden und, falls der selbe aus den Beratungen des Bundesrates und des Reichstags in einer Gestalt hervorgehe, die besten Einführung in Boiens wünschlich, doch oder notwendig erscheinen lasse, im Hinblick auf die bei Verzehrung der Brotlaibe Verträge gegebenen Zusicherung nicht erlongen, den Bandog vor der Abgabe einer zustimmenden Erklärung zu befreien.

Wien. Der russische Botschafter Melibow gab der Börse zu verstehen, dass Russland die Verbündung seines Einflusses auf dem Balkan durch eine andere Macht (Österreich) nicht dulden könne.

London. Der Nachmittag abgeholte Ministerrat beschloss, dass das Cabinet seine Demission gebe. Ein Specialbot wurde sofort nach Osborne gesendet, um der Königin den Beschluss mitzutunnen.

London. Von gut unterschwieiter Seite wird uns mitgetheilt, dass das geplante Verbrechen, welches den Prinzen von Wales veranlaßte, auf dem Wege nach Chester schon eine Station vor jener Stadt den Zug zu verlassen, nicht gegen den Prinzen von Wales, sondern gegen den Herzog von Westminster gerichtet war, welcher Leptere durch seine in den vergangenen Woche gegen die Homeoffice-Bewegung gehaltene Rede dem Hass der Ölander auf sich gezogen hat.

Riga. Die Seepassage bei Domeneck ist durch Eis gesperrt. Die Düna-Mündung ist zugestoren bei 15 Grad Kälte.

Kopenhagen. Anlässlich des königlichen Gesuches vom 26. Januar, wodurch die Regierung ermächtigt wird, die fortlaufenden Staatsausgaben zu leisten, brachte die Linie des Holsteinghe heute einen Antrag ein, worin gegen den Fiskus als einen Verfassungsbruch protestiert wird.

Konstantinopel. Der bulgarische Minister des Außen, Herr Danow, ist vorgestern in Begleitung Gabboffs hier eingetroffen und hatte noch am selben Tage eine Unterredung mit dem Großenwesir, dem er einen eigenhändigen Brief des Fürsten übergab. Mit diesem Brief wurde der Minister beauftragt, über das Arrangement zwischen der Flotte und dem Fürsten von Bulgarien, über welches bereits ein Meinungsunterschied bestanden hatte, zu verhandeln. Nach dem Besuch bei dem Großwesir besuchte Danow den Ministerialrat im Ministerium des Außen, Karls Giebel, und machte auch dem russischen Botschafter und dem englischen Gesandten seine Bescheide. Der Entwurf für das Arrangement zwischen der Flotte und dem Fürsten Alexander enthält folgende Punkte: 1. Der Fürst wird auf die Dauer von fünf Jahren zum Beveterer des Sultanates in Ost-Rumeli zu ernannt. 2. So wird dem Fürsten nicht gestattet ist, in Philippopol zu residieren, so wird derselbe einen bulgarischen Generalgouverneur ernennen, dessen Ernennung von dem Sultan genehmigt wird. 3. Der Fürst wird zum türkischen Mufti ernannt und wird sich noch Konstantinopel begeben, um dem Sultan seine und wird sich noch Konstantinopel begeben, um dem Sultan seine Zuständigkeiten vorzubringen. Um nicht in die Reichswidrigkeit verfehlt zu werden, den Fes zu tragen, wird der Fürst zum General der Cavallerie ernannt, dessen Rangbedeutung Kalpal ist. 4. Der Fürst verpflichtet sich, den von Ost-Rumeli zu leistenden Tribut pünktlich zu bezahlen. 5. Der Fürst wird die Stadt Burgas durch ein türkisches Bataillon, das unter den direkten Befehlen des Fürsten dient, befestigen, welche die im Rhodopegebirge gelegenen Dörfer. Diese sechs Punkte sind so gut wie von beiden Seiten angenommen, dagegen bestehen noch zwei Schwierigkeiten. Der Fürst fordert nämlich außerdem noch die Anwendung der bulgarischen Verfassung auf Rumeli und die Einverleibung der österrömischen Miliz in die bulgarische Armee.

Sächsischer

Landes-Anzeiger

mit „Chemnitzer Stadt-Anzeiger“.

Sonnabend, 30. Januar 1886.

Insertionspreis:

Roux einer schmalen Corpssäule 15 Pf.; — Stoffsäule (halbjährige Zeitung) 30 Pf.; — Bei Werbung solang großer Annenzen Rabatt. Bei Bestellungen von Auszügen wolle man Quotenbetrag (in Briefmarken) beifügen (z.B. 8 Silber-Corpssäule bilden ca. 1 Zelle). Annenzenannahme: nur bis Vormittag.

Expedition und Redaktion:
Chemnitz, Theaterstraße Nr. 5.
Telegramm-Adr.: Wiede's Anzeiger, Chemnitz.
Büro sprechstelle Nr. 136.

Ein Falter Wasserstrahl.

v. R. Berlin, den 28. Januar.

Durch den Mund des Geheimen Rath Reichard hat vor kurzem das Deutsche Reichstagsteam in der Budgetcomission des Reichstag eine amtliche Beurtheilung der systematischen Förderung des Auswanderers nach Süd-Brasilien erteilt, welche wie folgt laufen auf das Brasilienfeuer gewisser Colonialshörner einwirken muß. ganz kategorisch erklärte der Reichscommissar: in seinem Falle eigne sich Brasilien zur Massenwanderung. Es ist also auch im Vorhinein verneint, daß der Fall einer brasilianischen Revolution und Abtrennung der am meisten von Deutschen bevölkerten Gebiete als selbstständige deutsche Republik, der Reichsregierung als wünschenswert und der deutschen Auswanderung neue Gebiete eröffnend erschien. Die Wieder-Redner, wie A. Goeng etc., welche für eine Art von Bildungsstaatengründung in Südbrasiliens Propaganda machen, dürfen sich also bei ihren führen Projekten nicht auf das offizielle Deutschland verlassen. Sie hätten auch wahrscheinlich so manche Kreise Frankreichs gegen sich; denn gerade in jenen Theilen Brasilien, die man als eine zukünftige deutsche Republik in's Auge gefaßt, liegen die reichsten Besitzungen der Orleans-Familie, von welcher ein Brin einst Kaiser-König von Brasilien werden will. Einem Orleans aber keine Regierung- und Eigentumsrechte gewollt entziehen wollen, heißt einen ungern Löwen reißen. So mächtig sind diese Prinzen in der französischen und spanischen Presse und parlamentarischen Welt dem doch, um denjenigen Deutschen Vereinen, welche den Umsturz der monarchischen Verfassung Brasiliens und den Verfall des Kaiserreichs, sowie die Begnahme speziell ozeanischer Besitzungen (wie Johnville etc.) betrieben wollten, viele namhafte Gegner auf den Hals zu heften. Es bleibt also bloss die harmlos und von Fall zu Fall betriebene Einwanderung Deutscher in Brasilien übrig und diese ist schon erheblich genug; soll sie doch, nach den Erklärungen der deutschen Reichsregierung, 2000 Köpfe jährlich betragen. Ein eigentliches Hindernis gegen das spontane Emigriren von Deutschen nach Brasilien besteht übrigens nicht, bloß die gewerbsmäßige Anregung zum Auswanderen dorthin, durch Agenten oder sonst interessierte Leute, will man in Preußen auch jetzt noch nicht gestatten, da von den diplomatischen und consularen Agenten des Reichs nach Aussage des Geh. Rath Reichard noch nicht in glänziger Weise über die Beziehungen in Brasilien berichtet wurde, „als man es noch den Zeitungsnachrichten glauben sollte“. Ein Blick auf die Brasilien-Reclame, welche schon seither entpökert wurde, und noch mehr bei Gelegenheit der südamerikanischen Producent-Ausstellung in Berlin losgelassen werden wird, liegt in den Worten des Reichscommissars: „man überkreuzt auch den Werth der Verstärkung des deutschen Elements in Brasilien für den Exportbahnhof und den Import brasilianischer Produkte nach Deutschland.“ Der Reichsinteressen und der unbefangene, wertfindige Beobachter wird immer, wenn für deutsche Auswanderung nach Brasilien agitiert wird, das Gefühl nicht los werden, es handle sich im Grunde um Erfolg für die Negersklaverei durch deutsche Arbeitskräfte. Doch in der That in Brasilien ebensoviel wie vor zwanzig Jahren in der Union die Emancipation des Erwerbslebens von der Sklaverie-Institution politische und sociale Auswirkungen vorzuzeigen wird, ist höchst wahrscheinlich und von nordamerikanischen Diplomaten Cht. B. Taft in Rio Janeiro in amtlicher Depesche als vorauszusehen dargestellt worden.

Auch der Reichscommissar hat kürzlich den Kern dieses diplomatischen Berichts wiedergegeben und der Anfang, den derselbe allgemein in der deutschen Presse fand, läßt hoffen, daß man nicht fern von deutschen Landsleuten ruhen wird, sich nach einem Lande zu geben, wo soziale und politische Wirkungen mit Bestimmtheit zu erwarten sind. Doch weniger steht es dem nächsten Sinn des Deutschen an, auf die brasilianischen Zukunftswirken geradezu eine Speculation zu bauen, die nur zu leicht, wenigstens für Einzelne, ein Ende mit Schrecken nehmen könnte! — Schließlich mag darauf hingewiesen werden, daß Brasilien, mag es nun monarchisch oder republikanisch regiert werden, ein streng katholisches Land ist. Nun liefern gerade die protestantischen Gebiettheile die meisten Auswanderer, und diesen steht unter anderem bevor, dass sie ihre Ehe in Brasilien nicht als legitim anerkannt sehen, wenn sie nicht durch umständliche Beurtheilung die regelmäßige Verheirathung nachgewiesen haben. Bei ihrer Abreise gegen die ganze brasilianische Auswanderungspropaganda wird die deutsche Reichsregierung nicht geneigt sein, ihren Einfluß für die Abschaffung irgend welcher Formalitäten einzusetzen.

Politische Rundschau.

Chemnitz, den 29. Januar.

Deutsches Reich. Der deutsche Reichstag hat sich bekanntlich sein gutes Recht nicht schwämmen lassen und die von der preußischen Regierung in rücksichtsloser Weise betriebenen Polexauflösungen in Übereinkunft mit der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes stark verurtheilt. Es war die erste mannehafte That der deutschen Volksvertretung seit Jahren, und wenn das preußische Abgeordnetenhaus, wo die Polexauflösungen gestern zur Debatte standen und heute fortberaten werden, der Regierung ein gegen den Reichstag gerichtetes Abgeordneten-Votum geben wird, wie das — da im Abgeordnetenhaus die Regierung die Majorität hat — unzweifelhaft ist, so kann dieser nichts daran ändern, daß die Ausweisungen eine Barbarie sind, die durch keine Rechtfertigung in dieser Rücksichtslosigkeit geboten war, und der Humanität unseres Jahrhunderts und des deutschen Volkes nicht würdig ist. Die Polexauflösungen sind ebenso verabscheulich wie die berüchtigte Protestantenattacken aus Frankreich und die Ausreibungen der Deutschen 1870, die vor Deutschen, und auch die pernische Regierung, damals als die grösste Barbarie unseres Jahrhunderts bezeichneten.

— Die Beratung des Brannweinmonopols im Bundesrat soll nunmehr am Sonnabend beginnen, — falls nicht abermals eine Berörgerung eintrete. Eine Anzahl der Mitglieder der Ausschüsse, denen die erste Discussion obliegt, ist bereits in Berlin eingetroffen. Die Berörgerung von einigen Tagen, welche eingetreten, wird auf den Umtaub zurückgeführt, daß die Informationen einzelner Bevölkerungsgruppen, namentlich der süddeutschen Staaten, noch nicht vollständig eingegangen waren. Jedermann lädt sich erkennen, daß das Brannweinmonopol schon in den Vorstädten mit grösseren Schwierigkeiten zu kämpfen hat, als man Anfangs erwartete. Wiederholt ver-

sautet, daß zwischen den Bundesregierungen noch immer über das Monopol Verhandlungen stattfinden. Es heißt aber doch, daß alle Bundesstaaten, namentlich auch Bayern und Sachsen, im Bundesrat dem Monopolentwurf zustimmen würden, wenn auch verschiedene Abänderungen vorgenommen werden dürften. Diese Mittheilung steht, soweit sie sich auf Bayern bezieht, im Widerstreit mit einer anderen unter den heutigen Telegrammen, nach der die bayerische Regierung ihre Zustimmung von der des Landtages abhängt macht, wie das in dieser Frage eigentlich auch selbstverständlich sein sollte.

— Die Wahlprüfungskommission des Abgeordnetenhauses hat, der Post zufolge, die Wahl des Abg. Richter-Hagen beanstandet.

Nach Pariser Blättern hat der preußische Gesandte von Schlesier den Entwurf eines neuen Reichsvertrages überreicht.

Einen interessanten Beleg für die ungemein geübte Lage in Handel und Wandel und für den Mangel an Vertrauen und Unternehmungslust bietet der Coursettel. In der Berliner Börse werden die 4prozentigen preußischen Konsols mit 105 notiert, ein ungemein hoher Satz, der vielleicht noch mehr steigen kann. Dem Publizum fehlt Vertrauen und Neigung zu anderen Kapitalanlagen, es begnügt sich mit geringen Bönen, statt das Geld auf den wirtschaftlichen Markt zu werfen. Unter solchen Verhältnissen sind die Klagen gar kein Wunder.

Oesterreich-Ungarn. Als sensationelles politisches Ereignis wird die Interpellation betrachtet, welche der ehemalige Oesterreich-ungarische Minister des Außen Graf Andrássy im ungarischen Oberhause an den Ministerpräsidenten Gladstone gerichtet hat. Graf Andrássy wollte wissen, ob es wahr sei, daß zwischen der Türkei und dem Fürsten von Bulgarien Verhandlungen stattfinden, um die osterreiche Frage auf dem Boden der Personal Union zu lösen, und wie sich die ungarische Regierung diesem Plane gegenüber verhält. Man sieht in diesem Vorschlag einen Angriff gegen die Politik seines Nachfolgers, des Grafen Károlyi.

Belgien. Die belgische Regierung hat den von ihr gehabten Plan der Einführung des Brannweinmonopols aufgegeben, da das Project der mehrgliedrigen Partei führenden feste Unterstützung fand.

England. In Folge des Wigranen-Votums, welches das Parlament auf Gladstones Antritt dem Ministerium Salisbury mit großer Majorität abgebracht, hat das Cabinet jetzt offiziell erklärt, keinen Rücktritt nehmen zu wollen. Gladstones Amtsantritt kann sich einige Tage verzögern, denn seine Kabinetsbildung wird ihm nicht ganz leicht werden; auf die gewöhnlichen Übersturen kann er, nachdem er sich mit dem Zehnden verbunden hat und diese ihm zum Siege über Salzburg verholen, nicht zählen, er wird sich also an die Abstolzen halten müssen. Wie ihm das Kunststück gelingen wird, die Frei zu befriedigen und ihre weitgehenden Ansprüche nach eigener Regierung zu erfüllen, muß die Zeit sehen. Gladstones austwärtige Politik wird fortgesetzt mit Wirkungen entgegensehen.

— Ein schwachsinniger Antritt hat sich in der irischen Grafschaft Kerry ereignet. Am Sonntag brach in der Kleine zu Killarney, als die Familie des vor Kurzem ermordeten Bishofs Cartin erschien, ein solcher Sturm von Heulen, Brüchen und Stampfen los, daß die Polizei einschreiten und die Ruhesette aus dem Gotteshaus vertreiben mußte, wobei mehrere Verwundungen vorliegen. Als die Polizei abgezogen war, schleppte ein Haue wütender Weiber die Bank, auf welcher die Cartin's gesessen, auf die Straße und zertrümmerte dieselbe. Die Cartin's haben sich den Hof des Volks dadurch zugezogen, daß sie sich, als ihr Haus nächst von „Patrioten“ überfallen wurde, energisch vertheidigt, wobei die älteste Tochter, nachdem ihr Vater erschossen war, einige der Soldaten die Waffe abzog und so deren Bestrafung ermöglichte.

Russland. Von den im Warschauer Röhrenverein Verurtheilten hat der Zar für 4, darunter der Anführer Friedensdelegat Bardowski, die Todesstrafe bestätigt. Die übrigen sind begnadigt zur lebenslänglichen Zwangsarbeit. — Der Grafen Novorossi wird aus Warschau geschrieben, ein Bürgerkrieg allein könne Polen noch aus der letzten Lage errettet, in der es sich befindet; auch die Russen erwarten einen solchen Krieg mit siebenjähriger Ungeiß. Sollte das Ereignis aber trotzdem nicht eintreten, so würde der vollständige Ruin der polnischen Kaufleute, Industriellen und Gütesbesitzer nicht mehr zu vermeiden sein.

Griechenland. Momentan herrscht allgemeine Stille. Die griechische Regierung, nachdem ihr von den Mächtigen dort zugezeigt ist und die Türkei ihr gezeigt hat, beim nächsten schwedischen Schritt Griechenlands werde auch sie Lust zeigen, überlegt sich, was sie thun soll, oder besser, sie wartet darauf, wie sich die Dinge in London gestalten werden und was Herr Gladstone sagen wird. Von des Letzteren Haltung hängt Alles ab. Dass er die von der bisherigen Regierung begonnene Zwangspolitik gegen Griechenland nicht billige, stand fest; es fragt sich, ob er jetzt anderen Sinnes geworden. — Die aufregenden Nachrichten von einer Revolution auf Krete sind unrichtig. Noch herrscht dort völlige Ruhe. — Das Griechenland auch bei einem Seekrieg mit den Türken den Kürzeren ziehen würde, liegt auf der Hand, denn die türkische Flotte hat eine Schlachtkette von 14 Panzern, 3 grösseren Kasematenschiffen und 7 kleineren Kasematenschiffen, ferner 46 hölzernen Fahrzeugen. Die vollzählige Flottendemannung beträgt mindestens 60.000 Mann. Die griechische Marine besitzt nur 2 schwere Panzer, 2 Schraubencorvetten und 6 Schraubenpanzerboote. Die in Frankreich gebaute Corvette „Mousiki“, mit französischen Geschützen armirt und mit starken Maschinen, ist das einzige Schiff, welches als Kreuzer den Türken recht unangenehm werden könnte, denn es wird an Schnelligkeit von keinem türkischen Schiff übertraten. Die Flottendemannung wird auf 3000 Mann angegeben. Torpedoboote besitzen die Griechen 20—25; von deren Geschicklichkeit wird für sie viel abhängen. — Ein weiteres Telegramm aus Athen meldet: Das Ministerium soll erklärt haben, es werde sich dem Willen Europa's fügen; es werde zurücktreten, jedoch die Geschäfte rasch weiterführen! Dann wäre ein Ministerium Trivizis an die Reihe. Trivizis ist ein guter Freund Gladstone's, von dem man sich auf alles Mögliche verlassen kann. Iedenfalls wird aber doch vorläufig Ruhe herrschen.

Bulgarien. Aus Sofia wird eine Meldung für unrichtig erklärt, nach welcher dort wieder russische Offiziere eingetroffen seien. Interessant ist die Meldung, daß der Fürst, sowie sämmtliche bulgarische Beamte und Offiziere während des Krieges mit Serbien an die Hälfte ihrer Einkünfte verzichten.